



Nr. 38

10. November 2023

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Personalmangel im öffentlichen Dienst

[Dem Staat fehlen über 500.000 Beschäftigte](#)

Öffentlicher Dienst der Länder

[Einkommensrunde: Proteste und Warnstreiks ausgeweitet](#)

Öffentlicher Dienst

[dbb fordert 10,5 Prozent, mindestens aber 500 Euro mehr für Beschäftigte in Hessen](#)

Klimaschutz

[Silberbach: Freie Fahrt für Investitionen in die Infrastruktur](#)

dbb frauen

[Gleiches Wahlrecht bedeutet auch 105 Jahre später nicht gleiche Chancen](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Berlin

[Polizei, Feuerwehr & Co.: Parkerleichterungen beschlossen](#)

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

[Deutsche Bahn AG nicht bereit, über Kernforderungen zu verhandeln](#)

Deutscher Philologenverband (DPPhV)

[Grundlegende Reform der Kultusministerkonferenz angemahnt](#)

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)

[Ein moderner Staat braucht qualifiziertes Personal](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuelle

Informationsdienst des dbb

Personalmangel im öffentlichen Dienst Dem Staat fehlen über 500.000 Beschäftigte

Der dbb hat erneut die Staatsaufgaben mit dem vorhandenen Personal abgeglichen. Das Ergebnis ist verheerend.

Regelmäßig fragt der dbb als Dachverband den Personalbedarf in den einzelnen Arbeitsbereichen des öffentlichen Dienstes und seiner privatisierten Bereiche bei seinen Fachgewerkschaften ab. Aktuell fehlen dem Staat demnach mindestens 551.500 Beschäftigte. Vom Fachkräftemangel betroffen sind praktische alle Sektoren der Daseinsvorsorge, etwa Bildung, Gesundheit, Infrastruktur sowie Innere und Äußere Sicherheit. Der ständige Aufgabenzuwachs bei den Kommunen schlägt sich ebenfalls deutlich in der Erhebung nieder.

Zu der bisher umfassendsten [Analyse der Personalsituation des öffentlichen Dienstes](#) erklärte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach im Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (Ausgabe vom 7. November 2023): „Wir haben noch weitere Berufsgruppen in unsere Abfrage integriert, etwa Bundeswehrbeschäftigte, Richter und Lebensmittelkontrolleure. Bei Pflege, Schulen und Kitas sind jetzt alle Teilbereiche und Trägerschaften erfasst, nicht mehr nur staatliche Träger. Sonderbelastungen kommen hinzu – etwa die Grundsteuerreform und die höheren Schülerzahlen aufgrund des Migrationsdrucks. Und dann ist da

noch der sich weiter fortsetzende Abgang der Babyboomer.“ In den nächsten zehn Jahren scheidet 1,36 Millionen (entspricht 27 Prozent) der Beschäftigten altersbedingt aus dem öffentlichen Dienst aus.

Neben besseren Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst etwa durch konkurrenzfähige Gehälter forderte der dbb Chef erneut, die Aufgaben der Verwaltungen zu reduzieren: „Wir müssen dringend an die Digitalisierung und den Bürokratieabbau ran. Das wird zwar immer viel in Sonntagsreden versprochen, aber tatsächlich passiert kaum etwas.“ Der dbb hat bereits in der Vergangenheit immer wieder einen gesellschaftlichen Dialog darüber angemahnt, welche Leistungen vom Staat erbracht werden sollen. Diese Auseinandersetzung werde von den Verantwortlichen gerade in Bund und Ländern aber gescheut. „Die Bundesregierung ist an unserer Expertenmeinung nicht interessiert. Das merken wir schon daran, dass uns in Gesetzgebungsverfahren oft nur noch 24 Stunden Zeit für Stellungnahmen eingeräumt werden. Das ist kein ernsthafter Dialog.“

Öffentlicher Dienst der Länder Einkommensrunde: Proteste und Warnstreiks ausgeweitet

Nachdem in der vergangenen Woche auch die zweite Runde der Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutsche Länder (TdL) ergebnislos endete, haben die Beschäftigten ihre Protestaktionen und Warnstreiks ausgeweitet.

Mitglieder des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD) und der Deutschen Justiz-Gewerkschaft (DJG) haben den Protest dahin getragen, wo er hingehört: in Hör- und Sichtweite der Politik. Sie forderten am 10. November 2023 vor der Justizministerkonferenz in Berlin das ein, was in diesen Zeiten eine Selbstverständlichkeit sein sollte: faire Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen. „Es geht um Respekt, der auch im Geldbeutel ankommt“, sagte Volker Geyer, dbb Tarifchef, auf der Veranstaltung. „Wir stehen geschlossen zusammen und werden nicht nachlassen, bis ein faires Lohngefüge wiederhergestellt ist.

Unsere Botschaft an die TdL ist klar: Es ist Zeit für Gerechtigkeit!“

René Müller, Bundesvorsitzender des BSBD, stellte fest: „Dass das Personal in den Vollzugsanstalten und Gerichten fehlt, liegt an den herausfordernden Arbeitsbedingungen und der niedrigen Bezahlung. Die Arbeitsbedingungen werden seit Jahren nur schlechter, der Druck aufgrund des Personalmangels steigt, die Gewalt gegenüber den Beschäftigten in den Justizdiensten nimmt zu und die Inflation frisst die letzten Tarifierhöhungen auf. So kann es nicht weitergehen!“ Die Gehaltsforderungen von 10,5 Prozent bei mindestens 500 Euro, seien

angesichts der wirtschaftlichen Lage und der gestiegenen Lebenshaltungskosten moderat und angemessen.

Ebenfalls am 10. November fand in Hamburg ein „Knöllchenfreier Tag“ statt. Beschäftigte der Ordnungsbehörden und der Polizei, die von der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) vertreten werden, haben sich an Warnstreiks beteiligt. Dadurch wurde etwa Falschparken gar nicht oder deutlich seltener geahndet. Auch die Auswertung von Radarbildern, das Aufstellen von mobilen „Geschwindigkeitsüberwachungsfahrzeugen“ sowie die gebührenpflichtige Genehmigung von Schwerlast- und Großraumtransporten wurde eingeschränkt. Alleine durch den Warnstreik beim Transport- und Genehmigungs-Management gehen nicht nur dem Staat wichtige Einnahmen verloren, auch private Logistikunternehmen müssen sich auf Einschränkungen einstellen: Ohne Genehmigungen dürfen entsprechende Transporte nicht durchgeführt werden und durch den Personalmangel hängen die zuständigen Stellen bei der Bearbeitung ohnehin mehrere Wochen hinterher.

Auf dem Gänsemarkt in Hamburg haben sich über 1.000 Beschäftigten außerdem zu einer Kundgebung vor dem Dienstsitz des Finanzsenators Andreas Dressel versammelt, wo die Beschäftigten der Finanzverwaltung, die von der Deutschen Steuer-Gewerkschaft vertreten werden, bereits ab dem frühen Morgen eine Mahnwache eingerichtet hatten. Dressel ist derzeit Vorsitzender der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) und damit oberster Vertreter der Arbeitgebenden. Thomas Treff, Vorsitzender des dbb hamburg, sagte auf der Kundgebung: „Alleine hier in Hamburg sind über 4.200 Stellen in der Verwaltung unbesetzt. Wenn jetzt nichts getan wird, um neues Personal zu gewinnen und die vorhandenen Kolleginnen und Kollegen zu halten, sind elementare Bereiche der Daseinsfürsorge wie Gesundheit, Bildung und Sicherheit akut bedroht.“ Michael Adomat, stellvertretender Vorsitzender des dbb hamburg, ergänzte: „Corona, Klimawandel, Kriegsfolgen: Der öffentliche Dienst ist seit Jahren im Dauer-Krisenmodus. Das gesellschaftliche Klima wird rauer und die Übergriffe auf die Kolleginnen und Kollegen nehmen zu. Mit diesen Arbeitsbedingungen ist es schwer genug, ausreichend Personal zu finden. Die Bundesländer können es sich daher schlicht nicht leisten, auch noch bei der Bezahlung abgehängt zu werden.“

Seit dem 9. November machen außerdem verschiedene Gewerkschaften mit einem täglichen Flashmob in Schwerin auf die angespannte Lage im öffentlichen Dienst aufmerksam. „Eigentlich müssten wir 365 Tage im Jahr hier stehen, um deutlich zu machen, was die Stunde geschlagen hat. Die Arbeitsbelastung hat in allen Bereichen enorm zugenommen und die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes ist damit akut gefährdet“, erklärt Michael Blanck, stellvertretender dbb Landesvorsitzender und zuständig für Tarifrecht in Mecklenburg-Vorpommern, beim Start der Aktion. „Gerade bei den tonangebenden Finanzministerien in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder scheint noch nicht angekommen zu sein, wer den Staat jeden Tag am Laufen hält.“

Bereits am 8. November kam es im Saarland zu Aktionen. Beim Warnstreik in der Straßenmeisterei Rohrbach sagte der Bundesvorsitzende der VDStr. Hermann-Josef Siebigteroth mit Blick auf den Konkurrenzkampf um Nachwuchskräfte: „Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder sind keine Angestellten zweiter Klasse. Wenn an der Saar die Leute dem Landesdienst nicht davonlaufen sollen, müssen sie anständig bezahlt werden.“ Ewald Linn, Landesvorsitzender des dbb saar, bekräftigte: „Die Zeit drängt, sonst kommen die Jungen erst gar nicht zu uns!“

Am 6. November waren in Nordbayern Beschäftigte der Finanzverwaltung im Warnstreik, unter anderem im Datenerfassungs- und Scanzentrum in Wunsiedel. Dort sagte dbb Tarifchef Volker Geyer: „Während die Arbeitsverdichtung und der Personalmangel immer weiter zunehmen, bleibt die Einkommensentwicklung im Länderbereich auf der Strecke. Wenn überall gute Leute fehlen, muss der öffentliche Dienst attraktiver werden, um sie zu halten und neue zu gewinnen. Davon haben wir bis jetzt nichts gesehen – auch in der zweiten Verhandlungsrunde hat die Tarifgemeinschaft deutscher Länder nicht einmal ein Angebot gemacht“, so Geyer weiter. Die Arbeitgeber hätten vielmehr den Eindruck erweckt, überhaupt kein Problem damit zu haben, den Tarifvertrag für die Länder (TV-L) deutlich hinter vergleichbare Tarifverträge zurückfallen zu lassen.

Am selben Tag trugen in Dortmund auch Beschäftigte aus der Sozialen Arbeit ihren Frust auf die Straße. „Jetzt, wo es gilt, den Beschäftigten in den Kindertageseinrichtungen und Schulen den Rücken zu stärken, fehlen der Arbeitgeberseite die Worte und vor allem echte Zusagen. Wertschätzung sieht anders aus“,

sagte dort Rita Mölders, stellvertretende Vorsitzende der dbb Bundestarifkommission und beim Verband Bildung und Erziehung (VBE) zuständig für Tarifrecht, an. „Wir müssen unserer Forderung nach einer Einkommenserhöhung von 10,5 Prozent, mindestens aber 500

Euro, Nachdruck verleihen und unmissverständliche Signale an die Arbeitgebenden senden. Daher wird weitergekämpft, mit guten Argumenten am Verhandlungstisch und mit bundesweiten Warnstreiks und Kundgebungen auf der Straße.“

Öffentlicher Dienst

dbb fordert 10,5 Prozent, mindestens aber 500 Euro mehr für Beschäftigte in Hessen

Gestiegene Belastung, Inflation, Konkurrenzkampf um Fachkräfte: Der öffentliche Dienst in Hessen braucht dringend höhere Einkommen.

In Hessen finden eigenständige Tarifverhandlungen statt, weil es als einziges Bundesland nicht Mitglied in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) ist, mit der derzeit ebenfalls Tarifverhandlungen laufen. Die Hauptforderung des dbb ist aber identisch: 10,5 Prozent, mindestens aber 500 Euro mehr für den öffentlichen Dienst. Die Laufzeit des neuen Tarifvertrags soll zwölf Monate betragen. Darüber hinaus soll – neben strukturellen Verbesserungen, etwa bei der Jahressonderzahlung – insbesondere die Nachwuchsgewinnung verbessert werden, beispielsweise durch höhere Ausbildungsentgelte und zukunftsgerechte Übernahmeregeln.

Der dbb Tarifchef Volker Geyer, der die Verhandlungen mit dem hessischen Innenministerium führen wird, erklärte am 8. November 2023: „Hessen hat die Möglichkeit, es besser zu machen, als die TdL in den aktuellen Verhandlungsrunden. Statt Ergebnisse hinauszuzögern, muss die Politik schnellstmöglich handeln. Denn die Arbeitsbelastung im öffentlichen Dienst wird immer größer, gleichzeitig frisst die Inflation die Kaufkraft der Beschäftigten auf. Unter diesen Umständen wird es immer schwieriger, neues Personal zu gewinnen und

das vorhandene zu halten. Uns fehlen deutschlandweit bereits über 500.000 Beschäftigte und diese Zahl wird sich aufgrund des demografischen Wandels noch verschlimmern.“

Für die hessischen Landes- und Kommunalbeamten stellte Heini Schmitt, dbb Landesbundschaft in Hessen, klar: „Für uns wird diese hessische Einkommensrunde erst zu Ende sein, wenn die künftige Landesregierung klipp und klar erklärt hat, dass sie das Tarifergebnis zeitgleich und systemgerecht auf die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger überträgt und nicht den Versuch unternimmt, die Statusgruppen gegeneinander auszuspielen. Außerdem wird die Übertragung auf Beamtinnen und Beamte sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger dazu führen, dass wir dem Ziel einer verfassungskonformen Alimentation einen Schritt näherkommen. Es wäre ein wichtiger Vertrauensbeweis, wenn die Übertragung gleich zur Auftaktrunde zugesagt würde.“

Hintergrund:

In Hessen sind zwei Verhandlungsrunden für den 14. Februar und den 13. bis 16. März 2024 vereinbart.

Klimaschutz

Silberbach: Freie Fahrt für Investitionen in die Infrastruktur

Wasserstraßen sind umweltfreundliche Verkehrswege, doch gerade sie sind massiv vom Klimawandel betroffen. dbb Chef Ulrich Silberbach fordert mehr Investitionen.

„Mehr denn je erfordert der Klimawandel, dass wir nachhaltig und zukunftsfähig beim Ausbau und Instandhalten öffentlicher Verkehrswege agieren“, machte dbb Bundesvorsitzender Ulrich Silberbach auf dem Gewerkschaftstag des

Fachverbands Wasserstraßen und Schifffahrtsverwaltung (FWSV) am 8. November 2023 deutlich. „Es muss jetzt in die Zukunftsfähigkeit der öffentlichen Infrastruktur investiert werden. Einen noch größeren Investitionsstau können und dürfen wir uns nicht leisten. Wir

fordern daher: Freie Fahrt für Investitionen in die öffentliche Infrastruktur.“

Der FWSV ist unter anderem für die Beschäftigten der bundeseigenen Wasserstraßen zuständig. Wie massiv die Binnenschifffahrt schon jetzt durch die Folgen des Klimawandels betroffen ist, hatte das Niedrigwasser am Rhein im Oktober 2023 gezeigt, als der Schiffsverkehr stark eingeschränkt werden musste. „Wenn wir uns die Situation mit dem Niedrigwasser in den großen Flüssen anschauen, wissen wir, dass es nicht mehr ‚fünf vor‘, sondern ‚fünf nach zwölf‘ in Sachen Klimaschutz ist“, hob Silberbach hervor. Dies sei

umso bedenklicher, da die Wasserstraßen zu den umweltfreundlichsten Verkehrswegen zählen und genau diese zu stärken seien.

In seinem Grußwort auf dem Gewerkschaftstag bedankte sich Silberbach bei den Kolleginnen und Kollegen des FWSV für ihren unermüdlichen Einsatz. „Gewerkschaftsarbeit ist mehr, als den Interessen der Kolleginnen und Kollegen Gehör zu verschaffen. Gewerkschaftsarbeit ist grundlegende Arbeit an und für unsere Demokratie“, sagte Silberbach. Er lobte die Arbeit und Verlässlichkeit der Beschäftigten des FWSV und wünschte weiterhin eine gute Zusammenarbeit.

dbb frauen

Gleiches Wahlrecht bedeutet auch 105 Jahre später nicht gleiche Chancen

Die dbb Frauen machen sich dafür stark, dass mehr Frauen die Politik mitgestalten. Dafür müssen allerdings einige Hürden abgebaut werden.

„Gleiches Wahlrecht für Frauen und Männer ist ein unverzichtbarer Baustein für eine gesunde Demokratie“, erklärt Milanie Kreutz, stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung. „Denn nur durch gleichwertige Mitbestimmung kann eine gleichwertige Gesellschaft entstehen. Wir sehen allerdings, dass auch nach 105 Jahren Frauenwahlrecht die Gleichstellung in Deutschland noch nicht erreicht ist. Deswegen rate ich allen Frauen: Machen Sie von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Wählen Sie Parteien, die sich für Sie starkmachen. Die für Geschlechtergerechtigkeit, Vielfalt der Lebens- und Familienmodelle und Gewaltfreiheit stehen.“ Im nächsten Jahr bieten die Europawahl, die Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg sowie Kommunalwahlen in neun Bundesländern viele Gelegenheiten zur Mitbestimmung.

Frauen sollen auch das passive Wahlrecht nutzen und sich als Kandidatinnen aufstellen, empfiehlt Kreutz: „Frauen sind in politischen Ämtern immer noch deutlich unterrepräsentiert. Obwohl etwa die Hälfte der deutschen Bevölkerung weiblich ist, beträgt die Frauenquote im

Bundestag nur 34,8 Prozent. Und auf Ebene der Länder und Kommunen sieht es nicht besser aus. Das muss sich ändern. Zum einen muss die politische Arbeit frauenfreundlicher werden, vor allem was Uhrzeiten und der Umgang miteinander angeht. Zum anderen brauchen wir gesetzliche Regelungen zur Parität. Wir haben genug kompetente und ambitionierte Frauen – jetzt müssen wir die letzten Hürden beseitigen.“

Hintergrund:

Am 12. November 1918 rief der Rat der Volksbeauftragten, die Übergangsregierung zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik, das Wahlrecht für Frauen aus. „Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht aufgrund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen.“ Das allgemeine demokratische Wahlrecht löste das bis dahin gültige Dreiklassenwahlrecht ab, in dem nur Männer wählen und gewählt werden durften.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Berlin

Polizei, Feuerwehr & Co.: Parkerleichterungen beschlossen

Öffentlich Beschäftigten aus den Bereichen Polizei, Feuerwehr und Gesundheit sollen eine vereinfachte Freistellung von der Parkgebührenpflicht bei Fahrten zur Arbeit ermöglicht werden.

„Ein Akt der Vernunft“, nannte der dbb Landesvorsitzende Frank Becker den Senatsbeschluss vom 7. November 2023, mit dem eine „krasse Fehlentscheidung“ der Vorgängerregierung korrigiert worden sei.

„Der dbb Berlin hat wiederholt darauf gedrängt, schichtdienstleistende Beschäftigte des öffentlichen Dienstes nicht durch absurde Parkvorschriften zu behindern und damit das Funktionieren großer Teile der Berliner Verwaltung, gerade auch im sensiblen Bereich der inneren Sicherheit, zu gefährden“, erklärte Becker.

Nach Angaben der Senatorin für Mobilität und Verkehr, Manja Schreiner, soll die neue Regelung für Beschäftigte gelten, die vor 6.30 Uhr oder nach 22.30 Uhr ihre Beschäftigung antreten. Für die Erteilung der Ausnahmegenehmigungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei Berlin, der Berliner Feuerwehr und der Berliner Justiz sollen das Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO) und die Bezirksämter zuständig sein. Die Senatsvorlage wird jetzt zunächst dem Rat der Bürgermeister zur Beteiligung vorgelegt.

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

Deutsche Bahn AG nicht bereit, über Kernforderungen zu verhandeln

Zum Auftakt der Tarifverhandlungen hat die Deutsche Bahn AG der GDL ein Papier vorgelegt, das als „abschließendes Angebot“ bezeichnet wurde. Dieses beinhaltet aus GDL-Sicht allerdings neben einer viel zu geringen Entgelterhöhung überwiegend unkonkrete Reformvorschläge zu Lasten der Arbeitnehmenden.

Der Arbeitgeber habe vielmehr klar ausgedrückt, dass er nicht dazu bereit ist, über die wesentlichen Kernforderungen der GDL zu sprechen. Als Affront wertet die dbb Fachgewerkschaft auch, dass die Öffentlichkeit bereits im Vorfeld über das Angebot informiert wurde.

Die Deutsche Bahn hat angeboten, die Entgelterhöhung am Abschluss des öffentlichen Dienstes zu orientieren, ohne eine konkrete Zahl zu nennen. Die Laufzeit soll dabei 32 Monate betragen. Statt des ursprünglich langgestreckten Zeitplans für die Verhandlungen über drei Monate hat die Deutsche Bahn außerdem nun vier zeitlich eng beieinanderliegende Termine bis Mitte Dezember vorgeschlagen. „Wenn es nach dem Arbeitgeber geht, soll es

dabei nicht um unsere Forderungen, sondern um die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für die GDL-Mitglieder in den DB-Unternehmen gehen“, stellt der GDL Bundesvorsitzende und dbb Vize Claus Weselsky am 9. November 2023 fest. „Wir haben zugesagt, die Termine wahrzunehmen, aber wir wollen auch ernsthaft über unsere Forderungen verhandeln“.

Beim kommenden Verhandlungstermin am 16. und 17. November müsse neben Entgelt vor allem über das Thema Arbeitszeit, Verbesserungen der Ruhetage sowie über die Tarifverträge für DB Netz verhandelt werden, erklärte Weselsky. Das habe der Arbeitgeber bislang mehrfach und mit Nachdruck abgelehnt.

Deutscher Philologenverband (DPPhV)

Grundlegende Reform der Kultusministerkonferenz angemahnt

Der DPPhV setzt sich für eine grundlegende Reform der Kultusministerkonferenz (KMK) ein. Gemeinsam mit anderen Fachverbänden fordert der DPPhV eine längere Amtszeit für die KMK-Präsidentschaft, aber eine kürzere für den Generalsekretär. Außerdem sei eine Reform der Gremienarbeit der KMK unerlässlich.

Der DPPhV fordert auch mehr echte Zusammenarbeit mit Verbänden und der Wissenschaft von der KMK: „Wir brauchen eine frühzeitige und tatsächliche Aufnahme der Impulse der Verbände zu Beginn der Erstellung schulisch bedeutsamer Standards und Curricula und keine Anhörung erst am Ende des Prozesses“, machte die DPPhV-Bundesvorsitzende Susanne Lin-Klitzing am 8. November 2023 deutlich. „Wir brauchen mehr Engagement der KMK für ein höheres inhaltliches Niveau von Standards, Unterricht und Prüfungen.“

Die Arbeit der KMK sei im Föderalismus und qua Grundgesetz unverzichtbar, eine Professionalisierung ihrer Arbeit jedoch dringend erforderlich, um die Probleme im Bildungsbereich langfristig lösen zu können und eine höhere Akzeptanz in der Bevölkerung für diese Bil-

dungsarbeit zu bekommen. Lin-Klitzing: „Jährlich wechselnde Schwerpunktsetzungen der KMK-Präsidentschaft, bedingt durch nur einjährige Amtszeiten, erschweren das substanzielle Angehen länderübergreifender Probleme. Dazu gehören die strukturelle Bekämpfung des wiederkehrenden ‚Schweinezyklus‘ von regelmäßig zu vielen und zu wenigen Lehrkräften, die gemeinsame Formulierung von Mindeststandards sowohl für quer- und seiteneinsteigende Lehrkräfte als auch für die angemessene Digitalisierung an Schulen. Die Präsidentschaft muss hier nachdrücklich längerfristige Perspektiven und strategische Ziele verfolgen, das kann nicht in einem Jahr Präsidentschaft gewährleistet werden – und sie muss dementsprechend mit eigenen Impulsen durchsetzungskräftiger gegenüber dem Generalsekretariat und der KMK-Verwaltung werden.“

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)

Ein moderner Staat braucht qualifiziertes Personal

Der Staat muss moderner werden, damit der öffentliche Dienst die Fachkräfte von morgen gewinnt. Das hat BDZ Chef Thomas Liebel im Gespräch mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion Konstantin Kuhle deutlich gemacht.

Gesetzliche Regelungen würden komplexer. Viele Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen klagten über die Bürokratie. Auch innerhalb der Zollverwaltung, die täglich im direkten Kontakt mit Wirtschaftsbeteiligten steht, lasse diese Entwicklungen den Tätigkeitsbereich der Beschäftigten anspruchsvoller werden. Deshalb sei es enorm wichtig, qualifiziertes Fachpersonal zu gewinnen und zu halten, betonte Liebel. Außerdem kritisierte er vor diesem Hintergrund auch die im Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2024 vorgesehenen Kürzungen bei der IT-Ausstattung der Zollverwaltung.

Problematisch sei auch, dass das Bundesministerium des Innern die vom BDZ geforderte Durchlässigkeit der Beamtenlaufbahnen für den mittleren und gehobenen Dienst nicht angehen wollen – unter anderem, weil ein klarer politischer Auftrag fehle. Ein für Anfang nächstes Jahr vorgesehener Referentenentwurf zur Änderung der Bundeslaufbahnverordnung klammert nach Auffassung des BDZ die nötige Laufbahndurchlässigkeit aus und sieht ferner auch keinen Abbau praktischer Hürden bei der Nutzung bestehender Aufstiegsverfahren vor. Liebel unterstrich, dass das Thema nicht weiter auf die lange Bank geschoben werden dürfe.

Namen und Nachrichten

Die **dbb jugend** verlässt das „Bündnis für die junge Generation“. Die Belange von jungen Menschen in den Mittelpunkt rücken. Ihnen vor allem nach den Einschränkungen durch die Pandemie Gehör verschaffen. Mehr Beteiligung voranbringen – mit diesen Anliegen ist das Bündnis, das Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Grüne) ins Leben gerufen hat, im Dezember 2022 an den Start gegangen. „Wir sind dem Bündnis beigetreten in der Hoffnung, etwas zu bewegen“, sagte Matthäus Fandrewski, Vorsitzender der dbb jugend, am 10. November 2023 in Berlin. „Doch heute erklären wir unseren Austritt. Grund ist der Sparkurs, den die Bundesregierung eingeschlagen hat. Mit der Vorlage des Bundeshaushalts 2024 hat sie eine Kürzung der finanziellen Mittel für den Kinder- und Jugendplan (KJP) um etwa 20 Prozent in den Raum gestellt. Das hat nichts mit der Stärkung von Interessen junger Menschen zu tun und führt den Zweck des Bündnisses ad absurdum.“ Susanne Aumann, Vorsitzende der dbb jugend nrw, erklärte: „In der freien Wirtschaft würde man von Greenwashing sprechen. Dafür stehen wir nicht zur Verfügung. Wenn die Bundesregierung ernsthaft etwas für die Jugend bewegen möchte, kann sie gerne auf uns zukommen. Aber wir messen ihre Glaubwürdigkeit nicht an leeren Worten und sinnlosen Gesprächsformaten, sondern an konkreten Taten.“

Der **Deutsche Philologenverband (DPHV)** spricht sich für eine verpflichtende inhaltliche Behandlung des Grundgesetzes in der universitären Phase der Lehrkräftebildung aus. Dies betonte die DPHV Bundesvorsitzende Susanne Lin-Klitzing im Rahmen der Feierlichkeiten zum 120-jährigen Jubiläum des Verbands am 10. November 2023. Gerichtet an alle Kultusminister und Kultusministerinnen der Länder fordert sie: „Das Grundgesetz gehört in die Lehrkräftebildung: Es muss in der universitären Phase unbedingt inhaltlich behandelt und damit neu in den Standards verankert werden! Dies kann im Rahmen der gemeinsamen Lehrkräftebildung auch nicht in das Belieben der Universitäten bzw. Wissenschaftsministerien gestellt werden!“ Nicht erst in Anbetracht der aktuellen politischen Herausforderungen seien die Grundlagen für ein umfassendes Demokratie-Verständnis bei angehenden Lehrkräften auch in der universitären Ausbildung zu verankern. Lin-Klitzing: „Rufe nach mehr ‚Demokratieerziehung‘ im Unterricht sind verständlich und nachvollziehbar, aber grundlegend wichtig ist es, den Lehramtsanwärtern und Lehramtsanwärterinnen als angehenden Beamten und Beamtinnen gleich zu Beginn des Studiums die Kenntnis und das Verstehen des Grundgesetzes zu vermitteln. Die Schule wird allerdings auch dann nicht alles zurechtrücken können, was im Rest der Gesellschaft schiefläuft. Hier sind alle in der Verantwortung.“

Termine:

7./9. Dezember 2023

Einkommensrunde TdL 2023: 3. Runde

Weitere Informationen unter www.dbb.de/einkommensrunde

8./9. Januar 2023

dbb Jahrestagung

„Ein starker öffentlicher Dienst für eine starke Demokratie und Gesellschaft“

Weitere Informationen unter www.dbb.de/jahrestagung
